

## Albrecht Mendelssohn Bartholdy-Haus

Die Moses Mendelssohn-Stiftung baut moderne Studentenapartements

**D**ie Moses Mendelssohn-Stiftung plant zusammen mit der Stiftung »Förderkreis deutscher Studenten«, bezahlbaren Wohnraum für Studierende in deutschen Hochschulstädten zu schaffen. In Hamburg befindet sich das »Albrecht Mendelssohn Bartholdy-Haus« mit 124 Einzel- und 17 Doppelapartments bereits in der Phase der Realisierung.

Technik sowie eine komfortable Ausstattung und eine zentrale Lage erwartet.

Die Zimmer werden mit einer durchgehenden Schreibtischplatte entlang der Fensterfassade sowie Rollcontainer und Schreibtischstuhl ausgestattet sein. Des Weiteren zählen ein Einbauschränk, Bett mit Matratze, Schreibtisch- und Nachttischlampe und eine Innenjalousie zu den Einrichtungsgegenständen. Die

wortlich zeichnet, plant weitere Häuser (»smartments«) in Mainz, Köln, Lübeck und Braunschweig. Reiner Nittka, Vorstand der mit den Projekten betrauten Unternehmensgruppe GBI AG, sieht die »smartments« als kostengünstige Wohnvariante für Studenten stark im Kommen und betont: »Das Engagement freier Träger – wie etwa unserer Stiftungen – ist absolut notwendig. Zwar entdecken institutionelle Investoren



Der Entwurf des Albrecht Mendelssohn Bartholdy-Hauses im Hamburger Münzviertel. Das Haus wird 124 Einzel- und 17 moderne Doppelapartments beherbergen.

Das Haus wird im Münzviertel in der Nähe des Hamburger Hauptbahnhofes im Stadtteil St. Georg gelegen sein. Es ist damit nur etwa einen Kilometer von der Hafencity-Universität entfernt, die 2012 eröffnet wird. Attraktiv an dem Standort des zu errichtenden Hauses ist nicht nur die Anbindung an die Alster, sondern auch dass gute Einkaufsmöglichkeiten vorhanden sind. Nicht weit weg liegen die Deichtorhallen, das Museum für Kunst und Gewerbe und das Kulturdenkmal »Hühnerposten«, in dem sich neben einer Bücherhalle auch Bildungseinrichtungen wie das Goethe-Institut und eine Reihe gastronomischer Einrichtungen befinden.

Das Konzept sieht vor, dass die Miete um die 340 Euro betragen wird, wobei die Studenten modernste

Kitchenette ist mit zwei Kochplatten, Spüle und einem Kühlschrank ausgestattet.

Das Projekt wird von der GBI AG, einem Unternehmen der Moses Mendelssohn-Stiftung, realisiert. Gerrit Ernst, zuständiger Projektleiter der GBI AG erläutert das Konzept: »In erster Linie möchten wir zentral gelegenen Wohnraum schaffen, in dem konzentriertes Arbeiten und Lernen möglich ist. Auch haben wir den Anspruch, dass das Haus zeitgleich mit der Hafencity-Universität im Jahre 2012 eröffnet wird.«

Im Eigentum der Moses Mendelssohn-Stiftung befinden sich bereits sechs zwischen 1972 und 1998 erbaute Häuser in Erlangen, Nürnberg, Würzburg und Kaiserslautern mit insgesamt 800 Apartments. Die Stiftung, die auch für den Betrieb der Häuser verant-

langsam wieder den Mietwohnungsbau, aber das Interesse an Immobilien mit sozialer Prägung hinkt noch deutlich hinter dem an Investitionen in Ökologie und erneuerbare Energien hinterher.«

»Wir planen in den nächsten drei Jahren, durch die Stiftung bis zu 1.500 studentische Apartments in verschiedenen deutschen Städten zu betreiben«, erklärte unlängst Stiftungsvorstand Julius H. Schoeps. »Diese Aktivitäten«, so Schoeps, »ergänzen die bisherigen Tätigkeitsfelder der Moses Mendelssohn-Stiftung, die bisher bereits schwerpunktmäßig Forschungen auf dem Gebiet der deutsch-jüdischen Geschichte unterstützt und insbesondere Projekte der Moses Mendelssohn Akademie in Halberstadt sowie des Moses Mendelssohns Zentrums in Potsdam fördert.«

# Kein Freund nationalistischer Töne

Albrecht Mendelssohn Bartholdy war auch ein Vorkämpfer für das Völkerrecht

**D**er Namensgeber des neuen Hamburger Apartment-Hauses für Studierende, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, hatte prominente Vorfahren: Sein Ur-Ur-Großvater war der berühmte Philosoph Moses Mendelssohn, sein Großvater der Komponist Felix Mendelssohn Bartholdy. Was Wunder, dass der 1874 geborene, später hochgeschätzte Völkerrechtler und Politologe schon zu Jugendzeiten verschiedene Talente entfaltete. Albrecht entdeckte seine Vorlieben für Musik, Geisteswissenschaften und sogar Theologie, entschied sich schließlich aber doch für ein Studium der Rechtswissenschaften. Im Alter von 27 Jahren (!) habilitierte sich Albrecht im Jahre 1901 in Leipzig zum Thema »Grenzen der Rechtskraft«. Schon 1904 wurde er zum Professor für Internationales Privatrecht berufen, bevor er 15 Jahre lang als Professor für Zivilprozessrecht in Würzburg lehrte. Der dynamische Jurist lief Zeit seines Lebens keine Gefahr, sich im akademischen Elfenbeinturm »einzuzugeln«. Forschungsaufenthalte führten ihn immer wieder nach England, während er in Würzburg und Jena mit Begeisterung beim Organisieren von Musikfestspielen – wie etwa den Max-Reger-Festspielen – half. Seit 1905 war Albrecht mit seiner Cousine Dorothea Wach verheiratet. Das Paar hatte keine Kinder, doch adoptierte es zwei Mädchen: Lea und Brigitte.

Albrecht war von Haus aus kein Freund nationalistischer Töne, doch übernahm er zeitig Verantwortung in internationalen Gremien. Lange vor dem Ersten Weltkrieg gehörte er zu jenen Deutschen, die auf Verständigung und Dialog setzten, bedauerlicherweise aber eine Minderheit blieben. Albrecht Mendelssohn Bartholdy gehörte zum Deutsch-Englischen Verständigungskomitee, und nach Kriegsausbruch engagierte er sich für humanitäre Gefangenenbetreuung, Invalidenhilfe und Vermisstensuche. Die Ereignisse des Ersten Weltkrieges müssen einen deprimierenden Eindruck auf ihn gemacht

haben. 1917 stieß er zu einem antichauvinistischen Kreis um Max Weber und den Prinzen Max von Baden, der sich engagiert für »Völkerbund und Rechtsfrieden« einsetzte. Fortan forderte Albrecht in Vorträgen und Schriften eine künftig gewaltfreie Regelung von Konflikten durch den Völkerbund und eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit, ganz so wie dies heute durch verschiedene UNO-Gremien und den Internationalen Gerichtshof in Den Haag – zumindest ansatzweise – praktiziert wird.

Im Jahre 1919 wurde Albrecht Berater der deutschen Delegation auf der Friedenskonferenz in Versailles 1919, welche unter anderem auch über die Kriegsschuldfrage und Reparationszahlungen befand. Albrecht setzte sich entschieden für eine Revision des Versailler Vertrages ein: Gemeinsam mit Max Weber, Hans Delbrück und Max Graf Montgelas formulierte er deutsche Gegenvorschläge. Im Jahre 1920 wurde Albrecht Mendelssohn Bartholdy dann auf eine Professur für Zivilprozessrecht, Auslandsrecht und Vergleichendes Recht an der Universität Hamburg berufen. Hier an der Elbe gründete er im Jahre 1922 – als erste deutsche politikwissenschaftliche



Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Lithographie von Emil Stumpff.

© bpk

Forschungseinrichtung überhaupt – das Hamburger »Institut für Auswärtige Politik«, welches unter anderem von den Warburg-Bankiers finanziert wurde. Parallel begann Albrecht sogar mit dem Aufbau eines Amerika-Institutes.

Bald nach der Arbeitsaufnahme des »Instituts für Auswärtige Politik« gelang es ihm, lebendige Wissenschaftsbeziehungen zum Ausland, vor allem zu England und zu den Vereinigten Staaten, aufzunehmen. Durch sein unvoreingenommenes und engagiertes Bemühen um eine »Versöhnungsdiplomatie« half er zudem, die unter den Alliierten bestehenden Vorbehalte gegen deutsche Wissenschaftsvertreter und Politiker abzubauen. Das wissenschaftliche Konzept des »Instituts für Auswärtige Politik« gewann ebenso rasch an internationalem Renommee, während es innerhalb Deutschlands viel zur politischen Bildung beitragen konnte. Noch im Jahre 1931 wurde er als deutscher Delegierter in den Völkerbund berufen. Nach der Machtübernahme der Nazis in Deutschland geriet auch das »Institut für Auswärtige Politik« rasch unter Druck und konnte seine bisherige Ausrichtung und Arbeitsweise nicht mehr beibehalten. Im September 1933 wurde Albrecht Mendelssohn Bartholdy wegen seiner jüdischen Herkunft in den Ruhestand versetzt. Ein Jahr später musste er auch seinen Rücktritt als Leiter des »Instituts für Auswärtige Politik« einreichen. Er emigrierte noch im gleichen Jahr nach Großbritannien, wo er als Senior Fellow am Balliol College in Oxford bis zu seinem Tod im Jahre 1936 tätig war.

og/js

## Frühe Forschung für den Frieden

Im Jahre 1922 entstand die erste politikwissenschaftliche Forschungseinrichtung in Deutschland – das »Hamburger Institut für Auswärtige Politik«. Als erster Direktor fungierte Albrecht Mendelssohn Bartholdy, der an der Hamburger Universität bereits Zivilprozessrecht und Auslandsrecht lehrte, Teilnehmer der deutschen Delegation bei der Versailler Friedenskonferenz von 1919 gewesen war und später auch als deutscher Delegierter beim Völkerbund auftrat. Einen bedeutenden Beitrag zur Finanzierung des in seiner Art neuen Institutes leisteten die Warburg-Bankiers. Ursprünglich hatte Albrecht Mendelssohn Bartholdy die Intention, eine »Forschungsstelle für die Kriegsursachen« einzurichten. Nun sollte das Institut mittels interdisziplinärer und empirischer Forschung die jüngste europäische Geschichte aufarbeiten und Leitlinien für eine friedensorientierte und demokratisch legitimierte Außenpolitik entwickeln. Hier erschienen auch die »Hamburger Monatshefte für Auswärtige Politik«. Besonders die im Hause redigierte Monatsschrift »Europäische Gespräche« wurde zu einem der führenden Periodica für internationale Fragen in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Zu Zeiten der Weimarer Republik erfüllte das Institut zudem eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des politischen Bildungswesens in Deutschland, und in der Außenwirkung kam ihm viel Bedeutung bei der Verbesserung der Beziehungen zu Großbritannien und den USA zu. Nach der Entlassung und Emigration Mendelssohn Bartholdys im Jahre 1934 übernahm der von den Nazis protegierte Historiker Adolf Rein das Institut kommissarisch, und unter Leitung des Völkerrechtlers Fritz Berber wurde es zunehmend für propagandistische Zwecke im Dritten Reich missbraucht. Das Mendelssohnsche Konzept internationaler Friedensforschung, kombiniert mit Optionen für eine neue Versöhnungsdiplomatie, war nach hoffnungsvollen Jahren zerstört. og

# Zwischen Abwehr und Selbstbewusstsein

Identitätsprozesse im »Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens« in der Zeit von 1893 bis 1914

**A**n einer entscheidenden Stelle in Sartres *Réflexions sur la question juive* heißt es über den Ursprung jüdischer Identität: »Le Juif est un homme que les autres hommes tiennent pour Juif«.

Der Antisemit ist in den Ausführungen des französischen Existentialisten ein Produzent, er erschafft mit seinen Projektionen und Wahnbildern seinen Feind, er konstruiert »den Juden«. Die Frage nach Wesen und Form jüdischer Identität ist somit der Frage nach dem Zwang gewichen. Identität kommt von Außen, wird aufgepresst, ist Diskriminierung. Diese Analyse klingt zunächst plausibel, bleibt letztlich aber unvollständig. Denn anders als der politische Zionismus, der ein gemeinsames Ziel postuliert, ist der Antisemitismus für jene, die mit ihm konfrontiert sind, ein höchst widersprüchlicher Identitätsfaktor, der sowohl Minderwertigkeitsgefühle als auch Identitätsstärkungen hervorrufen kann. Es selbst bedeutet für die heterogenen jüdischen Lebensstile nichts anderes als Reduktion auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, »Gemeinsamkeit durch Ablehnung« wie Michael Meyer in seiner Untersuchung über Jüdische Identität in der Moderne treffend formuliert. Wie aus der Situation des gemeinsamen Ausschlusses dennoch eine positive Identität entsteht, kann am Beispiel des »Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens« gezeigt werden. Die Bekämpfung des Antisemitismus, der mit der Tivoli-Programme der Konservativen und dem Einzug antisemitischer Abgeordneter in den Reichstag plötzlich zum Hauptstrom im deutschen Parlament geworden war, stellte für die Gründer des 1893 entstandenen Vereins den Beschäftigungsschwerpunkt dar. In Anlehnung an die einflussreiche Schrift Raphael Löwenfelds über Schutzjuden oder Staatsbürger? zeugt bereits der Vereinsname vom eigenen Selbstverständnis: es handelte sich bei den Mitgliedern des C.V. nicht um Israeliten, sondern um »deutsche Staatsbürger«, die sich nur durch den Glauben von ihren deutschen Nachbarn unterschieden. Schon der Verweis auf die eigene Staatsbürgerschaft, die Betonung des Individuums gegen das Kollektiv, zeigt den liberalen Geist, der den Charakter des C.V. in den ersten Jahren nach seiner Gründung prägte.

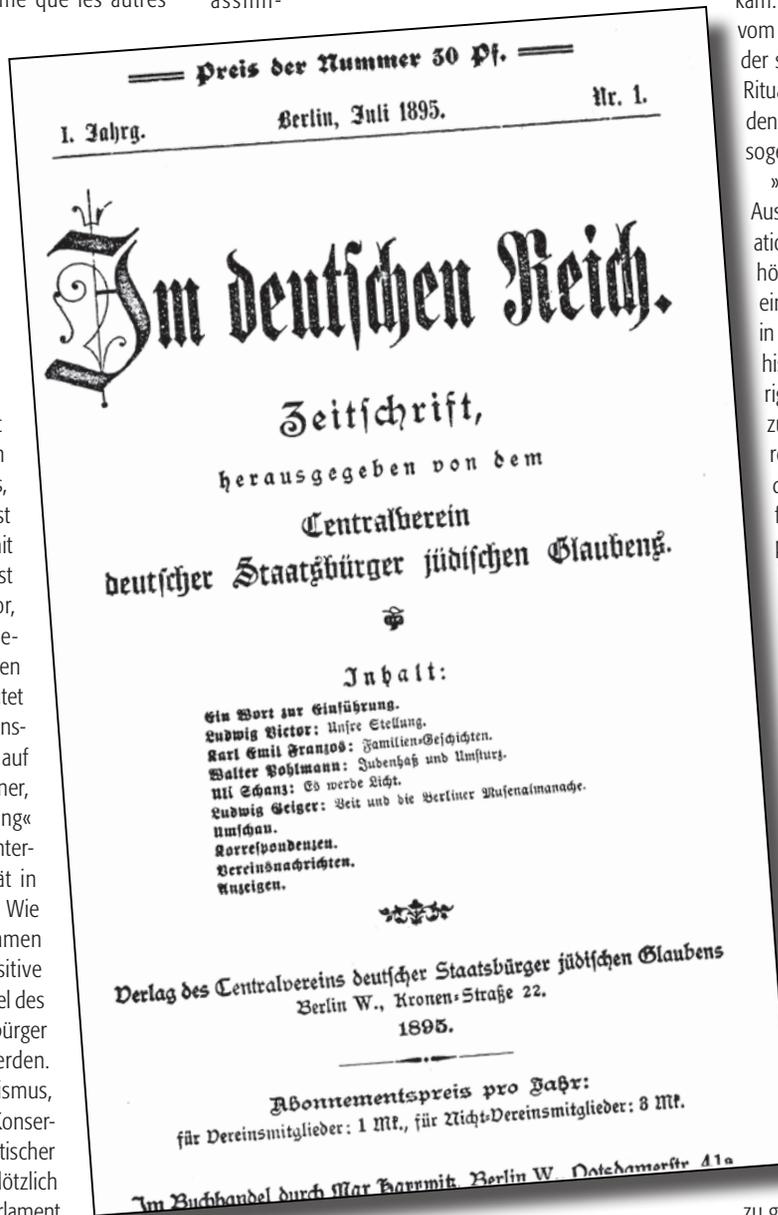
Doch entwickelte sich auf der Grundlage der jüdischen Leidensgeschichte als geteiltem Narrativ, das die Wahrnehmung der gemeinsamen Situation ent-

scheidend beeinflusste, und durch die stärkeren Anfeindungen von Seiten der Mehrheitsgesellschaft innerhalb des ohnehin schon engen sozialen Netzwerkes, das die assim-

für die Dissertation zentral. Es wird gefragt, in welchen Schritten es zur Ausbildung einer kollektiven Identität und zum Rückbezug auf traditionelle Elemente kam. Ziel ist die Rekonstruktion des Prozesses vom Liberalismus zur zunehmenden Religiosität, der sich abseits der großen Ereignisse wie dem Ritualmordprozess im März 1900 in Konitz oder den um 1911 im C.V. geführten Debatten über das sogenannte »Taufjudentum« vollzieht.

»All dies ist nun nicht genau meßbar, und die Auswertung, die qualitative Analyse dieser Situation und Erfahrung bleibt notwendigerweise höchst selektiv«, schreibt Gershom Scholem eingangs seiner Sozialpsychologie der Juden in Deutschland 1900–1930. Untersuchungen zu historischen Identitäten stehen vor der schwierigen Aufgabe, stichhaltige Daten heranziehen zu müssen und diese plausibel zu interpretieren. Da allerdings bei Identitätskonstruktion den Medien besondere Relevanz zukommt, finden über sie doch nicht nur Vermittlungsprozesse, sondern auch Rangeleien über Deutungshoheiten statt, bietet es sich an, auf der Grundlage von Selbstbeschreibungen, die sich im deutschen Reich, der ab 1895 erschienenen Zeitung des Centralvereins, finden lassen, nach Identitätsmustern zu suchen. Hier aufgedeckte Identitätstopoi werden mit zeitgenössischen Bildern vom »Jüdischen« in anderen Zeitungen, allen voran der 1897 gegründeten zionistischen *Die Welt* und der weitgehend orthodoxen Zeitung *Der Israelit*, verglichen und so eine Diskurstopographie erstellt. So kann der Weg nachgezeichnet werden, den der C.V. ging, um, dem Zitat von Eugen Fuchs gemäß, von oberflächlicher Assimilation, die sich in der Aufgabe der Speisegesetze und des Talmuds sowie der Bekämpfung der Sozialdemokratie äußerte, zu seiner »wertvollsten Waffe: zu unserem Stolz auf das Judentum, zu unserem jüdischen Selbstbewusstsein« zu gelangen.

Christian Dietrich



lierten deutschen Juden miteinander unterhielten, das Interesse für jüdische Traditionen, Geschichte und Literatur. Spätestens nach dem innerjüdischen Zionismusstreit von 1912 trat im C.V. eine kollektive jüdische Identität offen zutage, die zusehends religiöse und antizionistische Formen annahm und sich zuvor, etwa mit der Änderung der Weihnachtsgratifikationen in Chanukka-Gratifikationen 1902 und dem 1905 getroffenen Beschluss, das Büro des C.V. in Berlin am Sabbat zu schließen und am Sonntag zu öffnen, schon angedeutet hatte.

Dieser Prozess der Identitätsbildung auf der Grundlage wachsenden äußeren Drucks und der gemeinsamen Verpflichtung gegen jene isolierte Sonderstellung vorzugehen, die den deutschen Juden auch nach ihrer juristischen Gleichstellung zuteil wurde, ist



Der Autor wurde 1983 in Dessau geboren, studierte von 2004 bis 2009 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Soziologie, Zeitgeschichte und Politikwissenschaft. Seit Mai 2010 ist er Pro-

motionsstipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Kollegiat am Walther Rathenau Graduiertenkolleg.

# Biologisch, sozial und politisch erledigt

Die Eröffnungsrede des Potsdamer Fachtags zum Begriff der »Rasse« am 8. Juni 2010

**M**eine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Abgeordnete des Landtages von Brandenburg,

es ist mir eine Freude, Sie heute hier beim Fachtag zum Begriff »Rasse« in Gesetzgebung und Verwaltungstexten begrüßen zu dürfen. Es ist erst wenige Wochen her, dass ich das letzte Mal eine Veranstaltung eröffnet habe, die durch das »Tolerante Brandenburg« gefördert wurde – oder, um präziser zu sein, die eigentlich in enger Kooperation des Moses Mendelssohn Zentrums mit der Koordinierungsstelle geplant wurde und, sagen wir es offen, liebe Frau Thiel-Vigh, die inhaltlich und thematisch von Ihnen angeregt wurde. Damit knüpfen wir an eine mehrjährige erfolgreiche Zusammenarbeit an, in welcher das MMZ einerseits die Arbeit der Behörden und Ministerien im »toleranten Brandenburg« im besten Sinne einer »angewandten Wissenschaft« unterstützen konnte, und gleichzeitig unsere eigenen Forschungsarbeiten von den Anregungen und Impulsen einer in Fragen der Diskriminierung wachen Verwaltung profitieren konnten. So danke ich Ihnen ausdrücklich, dass Sie jenes heikle Thema an uns heran getragen haben, mit dem sich unsere kleine Fachtagung heute befassen wird.

»Rasse«, meine Damen und Herren – wenn Sie nicht gerade über Ihren Pudel reden, würden Sie diesen Begriff wohl kaum mehr öffentlich verwenden. Er ist nicht einfach aus der Mode gekommen – er ist, zumindest auf Menschen bezogen, heute mit einem Stigma belegt. Es entspricht nicht mehr den Werthaltungen, denen sich unsere tolerante und weltoffene Gesellschaft verpflichtet fühlt, Menschen in humanwissenschaftlich fragwürdige Kategorien wie Rassen einzuteilen.

Heute begegnet uns der Begriff außerhalb historischer Dokumente fast gar nicht mehr. Außer eben in einigen älteren Hundesalons, die mit »Pflege aller Rassen« werben – oder, ausgerechnet, in zentralen Gesetzestexte. Ohne unserem zweiten Referenten, Hendrik Cremer vom Deutschen Institut für Menschenrechte, vorgehen zu wollen, zu diesem Problem nur einige Worte. »Niemand darf ... wegen seiner Rasse ... benachteiligt oder bevorzugt werden«. Diese Passage stammt ausgerechnet aus unserer Verfassung, aus dem Grundgesetz. Sie steht dort an prominenter Stelle, nämlich im dritten Artikel, Absatz drei. Das heißt, sie zählt – um Ihnen bereits die Problematik zu verdeutlichen – zu jenen Passagen des Grundgesetzes, denen ein Ewigkeitswert zugesprochen wird, die nicht antastbar sind, weil sie die zentralen Kerne der demokratischen und, für unseren Zusammenhang noch wichtiger, menschenrechtlichen Orientierung unserer Verfassung beinhalten.

Wir wissen, wieso. Seit 1933 sind Menschen gerade auf Grund Ihrer »Rasse« bevorzugt oder diskriminiert worden. Die »Nürnberger Rassegesetze« waren eigentlich keine. Die im Reichsbürgergesetz und im Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre 1935 definierten, durch ein gutes Dutzend Verordnungen und unzählige Runderlasse, Verfügungen, Erlasse, bürokratische Einzelakte und exekutive Maßnahmen

festgelegten Kriterien richteten sich gerade nicht nach dem, was die damalige, vermeintlich wissenschaftliche »Rassenforschung«, Anthropologie und menschliche Erblehre als Rassen definierte. Sie folgten nicht Augen-, Haar- und Hautfarbe, Körperbau, Schädelumfang und anderen phänotypischen Durchschnittswerten. Vielmehr wurde die Religionszugehörigkeit der Großeltern zum entscheidenden Kriterium für die Einordnung von Menschen in bestimmte Gruppen; nur in Zweifelsfällen wurden »Rassegutachter« bestellt, die phänotypische Eigenschaften mit einbezogen. Auch dies geschah dann mitunter durch knappste Augenscheinnahme, oft im Minutentakt. Nein, die »Nürnberger Rassegesetze« waren keine Rassegesetze, sie führten den Begriff als humanbiologische Kategorie geradezu ad absurdum.

Es ist ja ein Missverständnis, zu glauben, »Rasse« wäre ein neutraler Begriff, der zum alltäglichen Handwerkszeug jedes Zoologen, aber auch Anthropologen, gehört und der von den Rassenfanatikern nur ideologisch aufgeladen und politisch missbraucht worden sei. Zwar erfreute sich die Rassenbiologie eine Zeit lang einer gewissen Beliebtheit, sie bezog ihren Rassenbegriff aber nicht etwa aus dem ureigensten Feld der Naturbeobachtung. Nein, Rasse war schon ursprünglich ein politisch-sozialer Kampf- und Abgrenzungsbegriff. Auch für diesen Komplex konnten wir mit Christian Geulen von der Universität Koblenz-Landau einen höchst kompetenten Fachmann als Referenten gewinnen, sodass ich mich wiederum mit einigen Andeutungen begnügen darf.

Noch Werner Conze hat in seiner Einleitung zum einschlägigen Essay der »Geschichtlichen Grundbegriffe« darauf beharrt, der Begriff »Rasse« sei zunächst ein »naturgeschichtlicher, dann naturwissenschaftlich-anthropologischer Begriff deskriptiver Art«, »von seiner Grundbedeutung aus wissenschaftlich wertfrei verwendbar, und erst durch den »Rassenkampf« herabgewürdigt worden«. Freilich macht die zwei Seiten weiter von Antje Sommer dargelegte Entstehungsgeschichte deutlich, dass Conze damit einer exkulpatorischen Formel der Biologen aufsaß, die an ihrem Begriff gerne festgehalten hätten. Schon Herder und Hegel hatten die Einteilung in Rassen scharf zurück gewiesen; auch im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert gab es wissenschaftsimmanent Kritik. Indes, wie Veronika Lipphardt kürzlich gezeigt hat, ließen es sich Anhänger der Rassenanthropologie wie Fritz Lenz, Mitverfasser des wichtigsten Standardwerks, des »Baur-Fischer-Lenz«, mitunter nicht nehmen, Kritiker und Anhänger konkurrierender Positionen als »Halbjuden« zu denunzieren.

Wie sieht es tatsächlich aus? Die Ursprünge des Wortes sind etymologisch unsicher, sie verweisen auf das Hochmittelalter und auf die romanischen Sprachen; möglich erscheint eine Ableitung aus dem Lateinischen, eine Herkunft von »radix«, der Wurzel. Andere Interpretationen suchen den Ursprung im Arabischen. Jedenfalls meinen schon die ältesten Verwendungszusammenhänge die Abstammung von Menschen, weisen ständisch geprägte Unterschiede bestimmten Erbanlagen zu und sollen somit, in einer unsicher gewordenen Periode

mittelalterlicher Ständeordnungen – denken Sie an die Bauernkriege! – soziale Unterschiede über die Abstammung legitimieren. Die eigentliche Karriere des Begriffs beginnt dann in der Frühen Neuzeit. Angesichts von Taufe und Assimilierung jüdischer und muslimischer Untertanen auf der iberischen Halbinsel beruft sich die ritterliche Oberschicht auf »edle Abstammung«. »Razza«, der frühneuzeitliche spanische Rassenbegriff, ist die Grundlage der »Limpieza di sangre«, der spanischen »Blutschutzgesetze« mit ihrer auffallenden Ähnlichkeit zu den Nürnberger Rassegesetzen.

Erst anschließend ist der Begriff auf die Fauna übertragen, im 19. Jahrhundert zur Grundkategorie der Zoologie und auch der Anthropologie geworden. Und bereits Mitte des 20. Jahrhunderts begann die Biologie, in wieder zu verwerfen. Seit Ernst Mayr ist die Einteilung in Menschenrassen entsprechend der Häufigkeit der Verteilung bestimmter phänotypischer Eigenschaften nur noch statistische Spielerei.

Neu gestellt werden die Fragen nach Vererbung und Abstammung allerdings in Folge der neuen Erkenntnisse über das menschliche Erbgut. Zwar lassen sich einige Forscher, teils aus gut gemeintem Impuls heraus, erneut zu sehr weitgehenden Aussagen über die vermeintlich ererbten Eigenschaften von bestimmten Menschengruppen hinreißen. Dass Ihre Ergebnisse aber wenig mit der Hybris früherer Rassenfanatiker zu tun haben, deren Annahmen sie ja auch nicht bestätigen, ist aber deutlich.

Biologisch, sozial und politisch ist der Rassenbegriff eigentlich erledigt. Als juristische Kategorie lebt er fort. Einzelne europäische Länder, wie auch die europäische Union bemühen sich, ihn sukzessive aus ihren Rechts- und Verwaltungstexten zu verbannen. Brandenburg erwägt, auf diesem Weg zu folgen. Ein überfälliger Akt – oder eine allzu dramatisierende Geste, die eigentlich überflüssig ist, wenn nur der wesentliche Kern, das Diskriminierungsverbot, gewahrt bleibt? Diese Frage wollen wir heute in diesem Kreis diskutieren. Ich freue mich bereits auf das anregende, zweifellos kontroverse Gespräch, zu dem wir von Seiten der Regierung und der parlamentarischen Opposition mit Herrn Holzschuher und Herrn Petke jeweils einen sowohl kompetenten als auch streitbaren Gesprächspartner eingeladen haben. Es diskutieren ebenfalls mit unsere beiden Referenten, Prof. Geulen und Dr. Cremer, sowie Frau Röske von der Jüdischen Gemeinde Potsdam und meine verehrte Kollegin, Frau Professor Karin Weiss, die Integrationsbeauftragte unseres Landes. Ich würde mich freuen, meine Damen und Herren, wenn Sie diese Gelegenheit zur Aussprache durch Ihre Fragen und Diskussionsbeiträge heute Nachmittag bereichern würden.

Insgesamt und unterm Strich: Auch wenn uns der Aufwand der Gesetzesänderungen schließlich als zu groß erscheinen sollte, dürfte doch inzwischen Einigkeit bestehen, dass es wenig Anlass gibt, den Begriff der »Rasse« heute noch zu verwenden. Außer natürlich, wenn Sie mit Ihrem Pudel in den Hundesalon gehen.

Und damit wünsche ich Ihnen eine interessante Diskussion.

Julius H. Schoeps

# Ein einzigartiges Mädchenfußball-Projekt

In Halberstadt wurde miteinander, nicht gegeneinander gekickt

**D**as, was wir hier eine Woche lang tun, wird Geschichte schreiben«, sagt die Fußball-Weltmeisterin von 2003, Steffi Jones, die dem Organisationskomitee für die FIFA-Frauenfußball-Weltmeisterschaft 2011 vorsteht. Sie ist Schirmherrin eines einzigartigen deutsch-israelischen Mädchenfußballprojekts. Doch »Haddass kickt mit Stella« ist weit mehr, betont Christiane Fetscher, die Geschäftsführerin der in Potsdam ansässigen F.C. Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz. Ziel des integrativen Projekts ist es, den interkulturellen Austausch über den Sport zu fördern. »Darum spielen ja nicht die jüdische und arabische Mädchen gegen die jungen Sportlerinnen aus dem Harz, sondern sie stehen in gemischten Mannschaften«, so Jutta Dick, die Direktorin der Moses Mendelssohn Akademie Halberstadt. Ihre Einrichtung macht sich seit über eineinhalb Jahrzehnten in der Harzkreisstadt um die Pflege und Bewahrung der reichen jüdischen Tradition verdient. Halberstadts Oberbürgermeister Andreas Henke (Die Linke), dessen Tochter bei diesem Projekt selbst mitkickt, verweist darauf, dass die Stadt seit Jahrzehnten enge Kontakte mit Menschen in Israel, die selbst oder deren Vorfahren ihre Wurzeln in Halberstadt haben, pflegt. »Die Stadt hat bis in die heutige Zeit qual- und leidvolle Erfahrung im Erleben von Gewalt. Darum wollen wir mit dem Projekt erneut zeigen, dass für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt bei uns kein Platz ist.«

»Integrativer Mädchenfußball ist schon seit längerer Zeit wichtiger Bestandteil unserer Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz. Die Idee gibt es also schon länger und mit dem VfB Germania Halberstadt an unserer Seite, der sich sofort aufgeschlossen zeigte, haben wir nun einen erfahrenen sportlichen Partner, der die eine Hälfte unseres Programms umsetzen wird«, so Christiane Fetscher. Zwei bis drei Stunden findet man die 30 Acht- bis Zwölfjährigen täglich auf dem Platz. Trainiert werden sie von ihren Wunschspielern aus dem Halberstädter Oberliga-Team und von Germanias Nachwuchs-Trainer

Thomas Waldow. Shachar, Maja und Luna dribbeln und flanken ebenso engagiert wie die Halberstädterinnen Josefine Schulze und Trine Sterz. Wie viele Bälle sie im Netz ver-

senken, spielt dabei nicht die größte Rolle. »Fußball ist mehr als nur das reine Spiel, sondern ein wundervoller Sport für alle – ganz egal, welchen Geschlechts, welcher Hautfarbe, Herkunft oder Religion sie sind. Und er verbindet, überall auf dieser Welt. Nutzt also den

Fußball, nehmt die Erfahrungen mit und begeistert Mitmenschen für den Mädchen- und Frauenfußball in der ganzen Welt«, gab Steffi Jones den Mädchen auf den Weg. Sie hatte kürzlich ein Spiel der israelischen Nationalmannschaft in der Schweiz erlebt und hofft, »dass einige der in Halberstadt angetretenen Mädchen später mal das Team verstärken.«

Dr. Andreas Eberhardt, Geschäftsführer der 2009 gegründeten Stiftung Deutsch-israelischen Zukunftsforums, freut sich, dass das DIZF als eines der ersten Projekte das Halberstädter unterstützt. »Gerade die Jugendbegegnungen, ob mit jüdischen oder arabischen Israelis sind ein wesentliches Ziel unserer Stiftung. Der Sport ist ein wichtiger Bereich, in dem wir etwas bewegen können. Besonders wichtig ist uns, dass solche interkulturellen Begegnungen

nicht in irgendwelchen Zentren wie Berlin, Frankfurt oder Hamburg stattfinden, sondern übers Land verteilt in solchen Orten wie Halberstadt.« Dem stimmt auch Gazi Nujeidat vom israelischen Ministerium für Kultur und Sport zu. »Ich erlebe hier auf dem Fußballfeld keine jüdischen, deutschen oder arabischen Spielerinnen, sondern Mädchen, die gemeinsam Sport treiben und am Rest des Tages zusammen etwas unternehmen. Das ist für mich gelebte Völkerverständigung.« Für 2011 lud er die kleinen Fußballerinnen bereits zu einem Trainingscamp in den Norden Israels ein.

Text: U. Kraus/Fotos: U. Schrader



Nach dem großen Erfolg des ersten Ökumenischen Kirchentages 2003 in Berlin, beschlossen der Deutsche Evangelische Kirchentag und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken einen zweiten zu veranstalten und zudem den Dialog über die beiden Religionsgemeinschaften hinaus zu erweitern, so dass auch Judentum und Islam thematisiert werden sollten. Der 2. Ökumenische Kirchentag fand nun vom 12. bis 16. Mai 2010 mit ebenso vielen Besuchern und mehr als 3.000 Veranstaltungen (Gottesdienste, Vorträge, Podiumsdiskussionen, Konzerte, Ausstellungen und am 14. Mai ein »Israel-Tag« auf den Opernplatz) in München statt. Neben zahlreichen Kirchen und Freilichtbühnen im öffentlichen Raum dienten das Olympia- und Messegelände als Veranstaltungsorte. Im Internationalen Kongresszentrum in Riem befand sich das Zentrum Juden und Christen im Dialog. Neben vielen Diskussionsrunden, Vorträgen und Workshops wurden dort auch drei Ausstellungen präsentiert: das Kulturzentrum der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern zeigte »Jüdisches Leben in München heute«, das Zentrum zur Erforschung und Dokumentation jüdischen Lebens in Ost- und Mitteleuropa (Wien) dokumentierte mit einer »Bibliothek der geretteten Erinnerungen« jüdische Familiengeschichten aus 15 europäischen Ländern und das



Die MMZ-Ausstellung »Wenn Ihr wollt, ist es kein Märchen. Herzls Utopie – Israels Gegenwart« auf dem Ökumenischen Kirchentag in München, der unter dem Motto stand: »Damit ihr Hoffnung habt«.

MMZ erinnerte mit seiner Ausstellung »Wenn Ihr wollt, ist es kein Märchen«. Herzls Utopie – Israels Gegenwart« an den 150. Geburtstag des Begründers des politischen Zionismus und Vordenker des Staates Israel Theodor Herzl. Herzl, der aufgrund seines frühen Todes (1904) die Staatsgründung nicht mehr erlebte, gab durch seine Schriften den nachfolgenden Generationen den Mut und den Glauben, dass einst ein eigener Staat für die Juden Wirklichkeit werde. Und so scheint das Motto des diesjährigen 2. Ökumenischen Kirchentages: »Damit ihr Hoffnung habt« wie eine Mahnung an Herzls Leitwort »Wenn Ihr wollt, ist es kein Märchen« – als eine Hoffnung auf einen baldigen Frieden im Nahen Osten.

Im Anschluss an den Kirchentag wurde die Ausstellung mit 30 aktuellen Fotos aus Israel in Kombination mit 30 Zitaten aus Herzls utopischem Roman Altneuland bis 23. Juni 2010 im Foyer des Münchener Kulturzentrums der Israelitischen Kultusgemeinde am St. Jakobs-Platz gezeigt. Und diejenigen, die noch mehr Herzl wollten, konnten sich auch sein Fahrrad im Original anschauen, denn dieses ist bis zum 20. Februar 2011 in der Ausstellung »Hast Du meine Alpen gesehen? Eine Jüdische Beziehungsgeschichte« im Alpinen Museum auf der Münchener Praterinsel zu bestaunen. evk

Auf dem Akademientag 2010 der »Union deutscher Akademien der Wissenschaften«, der sich dem Thema »Suche nach Sinn. Über Religionen der Welt« widmete, hielt Prof. Dr. Julius H. Schoeps am 2. Juni 2010 in Berlin den Vortrag »Der Auserwähltheitsglaube. Identitätssuche, Erlösungswahn und religiöser Selbstzweifel im Judentum der Neuzeit«

Prof. Dr. Julius H. Schoeps wurde vom Rat der Stadt Düsseldorf erneut in die Jury berufen, die den Kandidaten/in auswählt, der/die den Heinrich-Heine-Preis erhält. Im letzten Jahr war der Preisträger der israelische Schriftsteller Amos Oz.

Die Handkamera als Handwerkszeug steht für den Dokumentarfilmer Hanania Baer. Bekannt und gefragt ist er vor allem als Director of Photography bei großen Hollywood-Filmproduktionen. Baer hat für seine Arbeit immerhin schon zweimal einen »Emmy« gewonnen. Die Arbeit mit der Handkamera steht aber auch für Baers ganz persönliche Begegnung mit Halberstadt. Sein Dokumentarfilm

»Have will have« läuft nun am 24. Juni ab 19.30 Uhr auch in Halberstadt. Hanania Baer, Sohn Halberstädter Juden, kam 2007 und 2008 in die Stadt und drehte dort zumeist mit einer kleinen Handkamera. Er erinnert sich, dass die Vergangenheit seiner Eltern in Deutschland nie ein Thema häuslicher Gespräche war. »Sie sprachen nur untereinander Deutsch, mit mir nur Hebräisch.« Die Familie Baer war in Halberstadt nachweislich seit Mitte des 17. Jahrhunderts ansässig. Sie gründete das Metallhandelshaus »Samuels Baer's Söhne« sowie das Bankgeschäft »B. J. Baer«. Sie war auf vielfältige Art und Weise in das Stadtgeschehen eingebunden. Ernst Ezriel Baer (1890–1968) hatte sich aus dem Stammhaus gelöst und ein eigenes Unternehmen aufgebaut. Bis 1936 führte er in Halberstadt die Geschäfte, ehe er seiner Familie nach Palästina folgte. Sein Sohn Hananya, 1943 in Palästina geboren, erinnert sich: »Mein Vater verstarb am 13. Juni 1968 in Bad Lauterberg. Ich war bei ihm. Er verbrachte dort einen Urlaub. Ich glaube, er fühlte sein nahes Ende. So wollte er noch einmal die Luft des Harzes atmen, den er so sehr liebte. Und er wollte seiner Geburtsstadt Halberstadt nahe sein, die damals in der DDR lag, so dass er nicht dort sein konnte.« Die Erinnerung an die Sehnsucht von Ernst Ezriel Baer nach seiner Geburtsstadt Halberstadt erweckte in seinem Sohn Hananya den Wunsch zu erfahren, welche Empfindungen eine Begegnung mit der Stadt und dem Stammhaus seiner Vorfahren bei ihm selbst auslösen würde. Für seinen Film hat der Filmkünstler fünf Schüler des Gymnasiums Martineum gebeten, ihn bei seinem kinematographischen Projekt zur Seite zu stehen. Daraus entstand ein Film über die Orte, an denen die Familie Baer über Generationen lebte.

Nachdem die Wanderausstellung »Wenn Ihr wollt, ist es kein Märchen« Herzls Utopie – Israels Gegenwart«, die parallel in Deutschland und Israel kursiert, bis April 2010 an der Universität Haifa zu sehen war, wird diese – organisiert von der zionistischen Organisation Im Tirtzu (hebr.: »Wenn Ihr wollt«) – im Lauf des nächsten akademischen Jahres in weiteren israelischen Bildungseinrichtungen präsentiert.

Ab Sommer 2010 werden wieder einige Fellows am MMZ tätig sein. Aus den USA kommen die Theologin und Germanistin Prof. Dr. Christine Geffers, Brandeis University Waltham/Boston sowie der Historiker Michael Meyer von der California State University Los Angeles. Des weiteren wird Angela Mace von der Duke University, Durham, als DAAD-Stipendiatin für mehrere Monate am MMZ forschen. Darüber hinaus treten PD Dr. Eva-Maria Ziege, die bis vor kurzem als Gastprofessorin an der Washington University in Seattle tätig war und die Berliner Literaturwissenschaftlerin Sylke Kirschnick ein unbefristetes Fellowship in Potsdam an.

Die diesjährige Lange Nacht der Wissenschaft, die unter dem Motto »Klügste Nacht des Jahres« beworben wurde, fand erneut ein großes Besucherinteresse. Das MMZ war auf dem Campus Golm der Universität Potsdam vertreten. Dr. Elke-Vera Kotowski hielt dort einen Vortrag über »Judentum – Christentum – Islam. Der rituelle Lebenszyklus«.

### I M P R E S S U M

#### Herausgeber

Moses Mendelssohn Stiftung  
Sebastianstraße 31  
D – 91058 Erlangen  
Telefon: 09131-61800  
Fax: -618011  
kladow@snafu.de

#### Moses Mendelssohn Zentrum

für europäisch-jüdische Studien  
Am Neuen Markt 8  
D – 14467 Potsdam  
Telefon: 0331-280940  
Fax: -2809450  
moses@mmz.uni-potsdam.de  
www.mmz-potsdam.de

#### Moses Mendelssohn Akademie

PF 1420, 38804 Halberstadt  
Rosenwinkel 18  
D – 38805 Halberstadt  
Telefon: 03941-606710  
Fax: -606713  
mma-halberstadt@t-online.de  
www.moses-mendelssohn-akademie.de

#### Redaktion

Moritz Reininghaus

#### Druck

druckhaus köthen

#### Bankverbindung

Dresdner Bank  
BLZ: 160 800 00  
Konto-Nr.: 4200 7575 00